

Pestizide

Aldi strenger als EU

Der Discounter Aldi Süd macht Druck auf seine Lieferanten, die Glyphosat-Rückstände zu verringern – mittelfristig sogar auf maximal 20 Prozent der von der EU festgelegten Höchstmenge. Das Unkrautvernichtungsmittel steht im Verdacht, krebserregend zu sein. In einem Schreiben an die Zulieferer heißt es: „Mögliche gesundheitliche Risiken sowie die Auswirkungen auf die Umwelt sind stark umstritten, weshalb der Wirkstoff permanent in den Medien vertreten ist.“ Um den Kunden „qualitativ hochwer-

tige Produkte anzubieten“, seien „die generellen Aldi-Süd-Anforderungen an Pestizidrückstände deutlich strenger als die gesetzlichen Vorgaben“, erklärt die Firma auf Anfrage. Martin Rücker von der Verbraucherschutzorganisation Foodwatch fordert: „Die EU darf den Gesundheitsschutz nicht den Unternehmen überlassen. Sie muss das Vorsorgeprinzip konsequent anwenden. Solange Zweifel an der Sicherheit von Pflanzenschutzmitteln bestehen, dürfen diese nicht zugelassen sein.“ Ende 2017 läuft die EU-Zulassung ab, eine Europäische Bürgerinitiative will ein Verbot erwirken. msc



BLICKWINKEL / IMAGO

Herbizideinsatz

Wetterdienst

Gegenwind für Dobrindt

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) stößt mit seinem geplanten Gesetz zur Reform des Deutschen Wetterdienstes (DWD) auf Widerstand. Der Wirtschaftsausschuss des Bundesrats meldete in einer mit deutlicher Mehrheit verabschiedeten Stellungnahme zum Gesetzentwurf „erhebliche ordnungspolitische und wettbewerbspolitische Bedenken“ an. Es bestehe die Gefahr, dass der „funktionierende wettbewerbliche und innova-

tive Markt für Wetterdienstleistungen“ unterminiert werde. Dies könne auch zu einem „deutlichen Verlust an Arbeitsplätzen“ führen. Dobrindt plant, dass der DWD künftig mehr Daten kostenfrei zur Verfügung stellen soll. Gleichzeitig wird die Behörde damit in die Lage versetzt, ihre eigene App entsprechend anzureichern. Weil das Produkt bereits erfolgreich ist, fürchten private Konkurrenten wie Wetteronline um ihr Geschäftsmodell. Ob sich die Ministerpräsidenten den Bedenken des Wirtschaftsausschusses anschließen, ist offen. böf

Mieten

Bremse außer Kraft

Viele Vermieter verstoßen gegen die Mietpreisbremse. Das zumindest legen Daten des Internetportals Wenigermiete.de nahe. Zwei Monate nach Start der Website haben rund 1800 Nutzer einen Onlinefragebogen über ihr Mietverhältnis ausgefüllt. In 77 Prozent der Fälle stellten die Macher einen möglichen Verstoß gegen die Mietpreisbremse fest. Der besteht, wenn die Miete nach einer Neuvermietung mehr als zehn Prozent über dem ört-

lichen Mietspiegel liegt. Im Schnitt zahlten die Betroffenen 44 Prozent mehr Miete als zulässig, so die Auswertung. In absoluten Zahlen bedeute dies eine monatliche Differenz von durchschnittlich 230 Euro zur erlaubten Höchstmiete, sagt Daniel Halmer, Mitgründer von Wenigermiete.de. Das Portal will Mietern helfen, bei Verstößen gegen die Mietpreisbremse eine Mietsenkung zu erwirken. Dafür verlangt es einen Teil der Ersparnis als Provision. Bislang richtet sich das Angebot an Mieter in Berlin, Hamburg, München, Köln und Düsseldorf. akn



MARIA VITTORIA TROVATO / OSTKREUZ

Flüchtling in Ausbildungswerkstatt

Flüchtlinge

Lohnende Investition

Unternehmen müssen durchschnittlich 7500 Euro in Qualifizierung und Sprachunterricht investieren, um Flüchtlinge in ihren Betrieben zu integrieren. In vielen Fällen rechnet sich dies allerdings bereits innerhalb der ersten zwölf Monate. Das ergab eine Befragung der Boston Consulting Group unter rund 300 Betrieben aus dem „Netzwerk Unternehmen integrieren Flüchtlinge“. Diese beschäftigen rund 2500 Asyl-

bewerber als Praktikanten, Lehrlinge oder Festangestellte. Kulturelle Unterschiede stellen für die meisten Unternehmen laut der Studie kein unüberwindbares Hindernis dar. Je mehr Erfahrungen die Firmen mit der Beschäftigung von Flüchtlingen sammelten, desto positiver sei ihr Blick auf Herausforderungen. Allerdings beklagten 40 Prozent der Unternehmen, dass „komplizierte Verfahren“ und die „hohe Unsicherheit bezüglich einer möglichen Abschiebung“ der Asylbewerber ein Problem für sie darstellten. wow